

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29.8.2022

Organisation

Amnesty International, Brot für die Welt, Misereor, Missio, Vereinte Evangelische Mission
(in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen)

Querschnittsthema / Länderthema:

Philippinen

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Seit dem Amtsantritt des ehemaligen Präsident Rodrigo Duterte 2016 sind zentrale Menschenrechte in den Philippinen stark eingeschränkt. Außergerichtliche Tötungen wurden in großem Maßstab zur Bekämpfung der Drogenkriminalität eingesetzt. Bei der juristischen Aufarbeitung der mehr als 27.000 außergerichtlichen Tötungen im sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ wurden weiterhin keinerlei Fortschritte erzielt. Einzig im Fall der Ermordung des 17-jährigen Kian delos Santos wurden 2018 die Täter verurteilt. Nicht nur das Fehlen gründlicher Ermittlungen, sondern auch die Rhetorik von Duterte förderten die weitverbreitete Straflosigkeit im Land. Die Überprüfung der Identität der Täter*innen ist meist schwierig, weil Zeug*innen eingeschüchtert wurden und aus Angst um ihre eigene Sicherheit keine Aussagen machten. Eine kürzlich vorgenommene unabhängige, forensische Untersuchung konnte nachweisen, dass bei mindestens sieben von 46 exhumierten Opfern des Drogenkriegs die Totenscheine gefälscht waren. Das deutet darauf hin, dass die staatlichen Behörden die Täter*innen absichtlich schützen wollten.

Am 18. November 2021 hat der IStGH das Verfahren in den Philippinen aufgrund eines Antrags der Regierung vorübergehend ausgesetzt – zwei Monate nachdem der IStGH dieses genehmigt hatte. Die Regierung argumentierte, das nationale Rechtssystem funktioniere zu Genüge und es gäbe bereits laufende Untersuchungen zu den außergerichtlichen Tötungen. Am 24. Juni 2022 hat das Büro des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) die zuständige Kammer des Gerichts ersucht, die Ermittlungen in den Philippinen wieder aufzunehmen. Es stellte fest, dass die Regierung keine adäquaten Ermittlungen durchgeführt hat und die verhängten disziplinarischen Strafen keine hinreichende Bestrafung darstellten.

Am 30. Juni 2022 hat Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr., der Sohn des ehemaligen Diktators Marcos, nach einem deutlichen Wahlsieg das Präsidentenamt übernommen. Sara Duterte-Carpio, die Tochter des ehemaligen Präsidenten, wurde Vize-Präsidentin. Nach der Wahl hat sich Marcos gegenüber der UN zu einer Menschenrechtsorientierung seiner Regierung bekannt und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der UN hinsichtlich einer Verbesserung der Menschenrechtslage auf den Philippinen begrüßt. Allerdings sprach er sich ebenfalls für die Weiterführung des „Krieges gegen die Drogen“ aus, auch wenn er diesem einen „gesetzlichen Rahmen“ geben will. In seiner ersten öffentlichen Präsidentenansprache Ende Juli kam das Thema Menschenrechte jedoch nicht zur Sprache. Anfang August verkündete Marcos, dass die Philippinen nicht beabsichtigen, dem IStGH wieder beizutreten. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind daher skeptisch, dass sich die Menschenrechtslage in den Philippinen unter der neuen Regierung verbessern wird.

Seit Juli 2021 arbeiten die Philippinen mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte innerhalb des dreijährigen UN Human Rights Joint Programme (UNJP) zusammen. Diese technische Kooperation basiert auf einer 2020 angenommenen Resolution des UN-Menschenrechtsrates zur Stärkung institutioneller Kapazitäten. Ein Teilbereich soll adäquate Untersuchungen von außergerichtlichen Tötungen während Polizeieinsätzen unterstützen. In dieser Logik erfasst das UNJP systematische Menschenrechtsverletzungen primär als ein Ergebnis schwacher institutioneller Strukturen statt eines Pfeilers der Politik Dutertes. Trotz einer kritischen Haltung gegenüber dem Programm haben sich lokale Menschenrechtsgruppen einer technischen Arbeitsgruppe des UNJP angeschlossen. Das Programm hat laut dieser Gruppe bis dato keine Fortschritte erzielt.

Die Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen (MRV) und unabhängige Medien dauern an. Die umfassenden Ausgangssperren der COVID-19-Pandemiebekämpfung der Regierung wurden häufig als Anlass zur Behinderung der Arbeit von MRV genutzt. Neben der weiterhin hohen Zahl an Morden an MRV und Journalist*innen beobachteten lokale Menschenrechtsorganisationen im letzten Jahr zudem eine Zunahme an willkürlichen Verhaftungen und der Kriminalisierung von MRV. Diese beruhen meist auf falschen Anschuldigungen (z.B. illegaler Waffen- und Sprengstoffbesitz), welche

oft als Beweismittel während einer Durchsuchungsaktion durch die Polizei und das Militär dem Verdächtigen untergeschoben werden. Laut Gesetz kann nur in Ausnahmefällen eine Kaution gewährt werden, was oft zu einer langwierigen Untersuchungshaft führt. MRV werden häufig auch fälschlicherweise beschuldigt, Mitglieder oder Unterstützer*innen der kommunistischen Rebellen Gruppen (New People's Army, NPA) zu sein (sogenanntes „Red-Tagging“). Insbesondere in Mindanao werden unabhängige Schulen Indigener häufig von Militär und Paramilitärs bezichtigt, als Ausbildungslager der NPA zu dienen. Aus diesem Grund wurden unter Duterte bereits zahlreiche dieser Schulen geschlossen. Vizepräsidentin und Bildungsministerin Duterte-Caprio unterstützt diese Politik weiterhin.

Das im Juli 2020 verabschiedete Anti-Terrorismus Gesetzes (Anti-Terrorism Act, ATA) wurde aufgrund der vagen und weit gefassten Definition des Begriffs „Terrorismus“ zu einem Werkzeug, Regierungskritiker*innen einzuschüchtern bzw. mundtot zu machen. Individuen und Organisationen können ohne die Vorlage von Beweismitteln zu „Terrorist*innen“ erklärt werden. Außerdem können sie ohne Haftbefehl und ohne gerichtliche Anhörung für bis zu 24 Tage inhaftiert werden. Trotz zahlreicher Klagen bleiben diese kritischen Passagen des Gesetzes bestehen; das ATA ist am 26. April 2022 voll in Kraft getreten. Vor allem die umstrittene National Task Force to End Local Communist Armed Conflict (NTF-ELCAC) hat das ATA vermehrt zur Diffamierung von MRV genutzt. Diese wurde als zentrales Umsetzungsorgan für Dutertes politische Strategie zur Beendigung des kommunistischen Aufstands nach Executive Order 70 (EO70) geschaffen.

Unter Duterte wurde die unabhängige Nachrichtenberichterstattung erheblich eingeschränkt. Angriffe auf unabhängige Medien und einzelne Journalist*innen häuften sich ebenso wie Anklagen wegen Verleumdung aufgrund regierungskritischer Berichterstattung. Auf den Philippinen ist Verleumdung gemäß Artikel 353-362 des Revised Penal Code eine Straftat. Die Online-Veröffentlichung von verleumderischen Aussagen können unter dem Cybercrime Act von 2012 mit bis zu 12 Jahren Gefängnis bestraft werden. Insbesondere während des Präsidentschaftswahlkampfes wurden zahlreiche Nachrichtenagenturen online attackiert, wodurch ihre Webseiten vorübergehend nicht aufrufbar waren. Journalist*innen von unabhängigen Medien wie Rappler wurde gezielt der Zugang zu Wahlkampfveranstaltungen von Ferdinand Marcos verweigert. Im Juni 2022 ordnet die Regierung erneut die Schließung von Rappler aufgrund von Verstößen gegen „foreign ownership rules“ an.

Wir bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der philippinischen Regierung dafür einzusetzen, dass:

1. Das Antiterrorgesetz von 2020 mit internationalen menschenrechtlichen Grundsätzen sowie mit demokratischen Rechtsstaatlichkeitsprinzipien wie der Unschuldsvermutung in Übereinstimmung gebracht wird.
2. Alle laufenden Polizeieinsätze im Rahmen des „Kriegs gegen die Drogen“, die den Einsatz unnötiger oder unverhältnismäßiger Gewalt beinhalten, unverzüglich beendet werden.
3. Alle Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter unverzüglich untersucht und die Täter*innen vor Gericht gestellt werden. Dazu sollte eine von der Regierung und den Sicherheitskräften unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt werden, die mit relevanten internationalen Untersuchungsmechanismen kooperiert.
4. Die philippinischen Streitkräfte keine konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen mehr anstrengen und laufende Verfahren nach Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zum Abschluss gebracht werden.
5. Alle Artikel des Revised Penal Code, insbesondere Artikel 353-355 und 358-362, sowie Abschnitt 4(c)(4) des Cybercrime Prevention Act, die Verleumdung als Straftat definieren, aufgehoben werden.
6. Allen Mandatsträgern des UN-Menschenrechtssystems, insbesondere UN-Sonderberichterstatter*innen und des Internationalen Strafgerichtshofs, ein uneingeschränkter Zugang zum Land gewährt wird.

Wir bitten die Bundesregierung, sich auf EU- und UN-Ebene dafür einzusetzen, dass:

7. Das Generalised Scheme of Preferences (GSP+) Verfahren, das EU-Handelspräferenzen gemäß Artikel 19.1 der Statuten gewährt, zu nutzen, um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation entsprechend den obigen Forderungen in den Philippinen zu erzielen.
8. Die hier beschriebenen menschenrechtlichen Defizite mit entsprechenden Empfehlungen im nächsten Allgemeinen Periodischen Prüfungsverfahren der Menschenrechte (UPR) in den Philippinen im November 2022 an- und entsprechende Empfehlungen an die philippinische Regierung auszusprechen.